

## Jana Wüstenhagen

### Europabilder in der DDR 1949-1989: Zwischen Visionen und Realpolitik

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.939>

#### Reprint von:

Jana Wüstenhagen, Europabilder in der DDR 1949-1989: Zwischen Visionen und Realpolitik, in: Europa im Ostblock. Vorstellung und Diskurse (1945-1991)/Europe in the Eastern Bloc. Imaginations and Discourses (1945-1991), herausgegeben von José María Faraldo, Paulina Gulinska-Jurgiel und Christian Domnitz, Böhlau Köln, 2008 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 44), S. 165-187

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <[redaktion@zeitgeschichte-digital.de](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)>



Zitationshinweis:

Jana Wüstenhagen (2008), Europabilder in der DDR 1949-1989: Zwischen Visionen und Realpolitik, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.939>

Ursprünglich erschienen als: Jana Wüstenhagen, Europabilder in der DDR 1949-1989: Zwischen Visionen und Realpolitik, in: Europa im Ostblock. Vorstellungen und Diskurse (1945-1991)/Europe in the Eastern Bloc. Imaginations and Discourses (1945-1991), herausgegeben von José María Faraldo, Paulina Gulinska-Jurgiel und Christian Domnitz, Böhlau Köln, 2008 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 44), S. 165-187

# Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für  
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 44

José M. Faraldo  
Paulina Gulińska-Jurriel  
Christian Domnitz (Hg.)

# Europa im Ostblock

Vorstellungen und Diskurse (1945–1991)

Europe in the Eastern Bloc

Imaginations and Discourses (1945–1991)



2008

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung  
der VolkswagenStiftung und der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Zentrum für  
Zeithistorische Forschung e.V.  
Bibliothek

ZZF 15333 (HBB) ~~ZZF~~

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:**  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Umschlagabbildung:**

Tvorba. Týdeník pro kulturu a politiku. Nr. 20/1957, 16. Května, Ročník XXII,  
Zeichnung: J. Pop

© 2008 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln Weimar Wien  
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln, [www.boehlau.de](http://www.boehlau.de)

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes  
ist unzulässig.

Druck und Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach  
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier  
Printed in Germany

ISBN 978-3-412-20029-9

# Inhaltsverzeichnis

Danksagung ..... 9

## *Einleitung/Introduction*

JOSÉ M. FARALDO

Europavorstellungen im Ostblock.

Zwischen Aneignung und Ablehnung..... 11

## *Zugänge/Approaches*

WOLFGANG SCHMALE

„Osteuropa“: Zwischen Ende und Neudefinition? ..... 23

HAGEN SCHULZ-FORBERG

The European Public Sphere and the Transnational History

of the Notion of Europe after 1945 ..... 37

CHRISTIAN DOMNITZ

Europäische Vorstellungswelten im Ostblock: Eine Topologie von  
Europannarrationen im Staatssozialismus ..... 61

JAN KIENIEWICZ

The Eastern Frontier and the Borderland of Europe ..... 83

### *Stalinismus/Stalinismen*

JOSÉ M. FARALDO

Die Hüterin der europäischen Zivilisation. Kommunistische Europa-  
Konzeptionen am Vorabend des Kalten Krieges (1944–1948)..... 91

CARLOS REIJNEN

For a True Europe and a New Patriotism. Europe and the West from  
a Czech Stalinist Perspective ..... 111

JAN C. BEHREND S

Völkerfreundschaft und Amerikafeindschaft. Ilja Ehrenburgs  
Publizistik und das Europabild des Stalinismus..... 125

TETJANA DZJADEVYČ

Der ukrainische sozialistische Realismus und der Europa-Diskurs.  
Die Nachkriegswerke von Oles' Hončar (1946–1948)..... 145

### *Bilder/Images*

JANA WÜSTENHAGEN

Europabilder in der DDR 1949–1989:  
Zwischen Visionen und Realpolitik..... 165

JORDANKA TELBIZOVA-SACK

Die Balkan-Muslime und Europa..... 189

DRAGOȘ PETRESCU

Conflicting Perceptions of (Western) Europe: The Case of Communist Romania, 1958–1989 ..... 199

JOANNA BAR

From Communism to Democracy: the Concept of Europe in Cracow's Press in the Years 1975–1995 ..... 221

### *Dissens/Dissent*

CRISTINA PETRESCU

Eastern Europe, Central Europe or Europe? A Comparative Analysis of Central European Dissent and Romanian „Resistance through Culture“ .... 231

DENNIS DIERKS

Europa als Bezugspunkt? Einige Überlegungen zur kulturellen Selbstverortung bosnisch-muslimischer Exilanten 1945–1990..... 251

FRIEDERIKE KIND-KOVÁCS

An „Other Europe“ through Literature: Recreating a European literary „Kontinent“ in the light of the Helsinki Final Act..... 267

### *Exil/Exiles*

THOMAS LANE

East European Exiles and their Interpretations of the Meaning of Europe ..... 301



JÓZEF ŁAPTOS

Visionen des gemeinsamen Europas. Die ostmitteleuropäische  
Emigration zu Beginn des Kalten Krieges ..... 317

PAULINA GULIŃSKA-JURGIEL

Geopolitik in der Emigration. Die Denkaufgabe ‚Europa‘ in der  
Publizistik von Juliusz Mieroszewski ..... 341

KATARZYNA STOKŁOSA

Der polnische Emigrant in Großbritannien: Rowmund Piłsudski und  
seine Konzeption eines vereinten Europas..... 361

VLADIMÍR GONĚC

Hubert Ripka und das Europadenken im Exil in den fünfziger Jahren..... 371

Autorenverzeichnis .....	389
Abkürzungsverzeichnis .....	395
Literatur (Auswahl) .....	397
Personenregister .....	403

JANA WÜSTENHAGEN

## Europabilder in der DDR 1949–1989: Zwischen Visionen und Realpolitik

*„Die weite russische Tiefebene setzt sich über Polen und die deutschen Staaten bis zur Atlantikküste fort. Das [...] Mittelmeer und das Schwarze Meer im Süden, die Nordsee und die Ostsee im Norden locken Seefahrer und Kaufleute an [...]. Die Donau und ihre Nebenflüsse verbinden halb Europa, vom Schwarzwald bis zur rumänischen Stadt Scilina. Wie ein Rückgrat mit seinen Wirbeln zieht sich der Rhein durch alle bedeutenden Zentren im Westen. Die geologische Karte Europas liefert den Beweis für seine Einheit und seinen Zusammenhang, desgleichen die Bevölkerungskarte und gegenwärtig auch die Wirtschaftskarte.“*

*DDR-Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit [1978]*

Mit dem Abkommen über die deutsche Wirtschafts- und Währungsunion galten ab 1. Juli 1990 die Bedingungen der Europäischen Gemeinschaft (EG) auch für das Gebiet der DDR. Damit war der zweite deutsche Staat dort angekommen, wo die SED-Führung nie hin wollte: in der westeuropäischen Integration. Das „Haus Europa“, das nach der Vorstellung Erich Honeckers stets Platz für zwei unterschiedliche gesellschaftliche Systeme bieten sollte, erhielt so die Umrisse einer „Hausordnung“, die in den außenpolitischen Konzepten führender Staatsmänner weder in West noch in Ost in den vorhergehenden vierzig Jahren ernsthaft erwogen worden war. Während die Integration in Westeuropa aber bis zum Ende der achtziger Jahre sichtbare Ergebnisse und konkrete Pläne für die wirtschaftliche, politische und militärische Zukunft der westlichen Gemeinschaft hervorgebracht hatte, fielen der Ostblock und mit ihm seine Bündnissysteme in sich zusammen. Sang- und klanglos wurde am 25. Februar 1991 der Warschauer Vertrag beendet. Am 28. Juni 1991 löste sich der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) auf, ohne dass ersichtlich wurde, welche konkreten Vorstellungen die früheren Ostblockstaaten von ihrer zukünftigen Rolle in einem Gesamteuropa hatten.

Im Unterschied zu ihren einstigen „Bruderländern“ stellte sich für die DDR diese Frage nicht mehr. Doch die Europabilder, die hinter dem „Eisernen Vorhang“ in den Nischen der

ostdeutschen Gesellschaft gepflegt wurden, entsprachen der Wirklichkeit ebenso wenig wie die der staatlichen Propaganda. Dennoch gehören sie zum „historischen Gepäck“<sup>1</sup> nicht nur des geeinten Deutschlands, sondern ebenso Europas. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, was in der DDR unter dem Begriff „Europa“ verstanden wurde, welche Akteure angesprochen werden sollten, um die jeweiligen Europapläne Wirklichkeit werden zu lassen und welche Ideale und gesellschaftlichen Konzepte sich hinter dem Europabegriff verbargen. Ziel der Fallstudie ist es, zu einer Geschichtsschreibung über Europa beizutragen, die versucht, den pluralistischen Charakter der europäischen Geschichte zu erfassen.<sup>2</sup>

## Sowjetunion, DDR und Bundesrepublik – der Kern des Europabildes der SED

Das offizielle Bild, das in der DDR von Europa bestehen sollte, gab die SED vor. Deren Herrschaft war wiederum – ebenso wie die Existenz der DDR – an die Sowjetunion gebunden. Auch wenn in der Forschung über den Grad der ostdeutschen Abhängigkeit von den Vorgaben der sowjetischen Politik gestritten wird, so herrscht doch Einigkeit darüber, dass die UdSSR der zentrale Referenzpunkt für alle außenpolitischen Entscheidungen des SED-Staates gewesen ist. Die zweite Konstante, die das Profil der DDR-Außenpolitik prägte, war die Bundesrepublik Deutschland. Von Anfang an versuchte die SED-Regierung deren Anziehungskraft auf die eigene Bevölkerung zu neutralisieren und kämpfte gegen die Bonner Hallstein-Doktrin, die ihr im Westen Europas und in den meisten anderen Ländern der Welt die staatliche Anerkennung versperrte. Diese doppelte Abhängigkeit bildete den Hintergrund für das Auftreten der DDR in Europa. Eingeklemmt in der Mitte des Kontinents zwischen sowjetischer Hegemonie und westdeutscher Sogwirkung propagierte die SED-Führung nach innen und außen ein Europabild, in dessen Zentrum sie selbst stand. Gleichsam wie eine Hülle schloss sich darum der Ost-West-Konflikt, der die internationale Politik aller Beteiligten prägte und ihre Vorstellungen von der Gestalt(ung) Europas formte.

Schon wenige Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs drifteten die einstigen Verbündeten auseinander. Im März 1946 sprach der frühere britische Premierminister Winston Churchill zum ersten Mal öffentlich von einem „Eisernen Vorhang“, der sich über Europa gesenkt und den Kontinent geteilt habe.<sup>3</sup> Gesamteuropäische Konzepte, die etwa Europa als „Dritte Kraft“ zwischen den Supermächten skizzierten, verloren mit der zunehmenden Ost-West-Polarisierung schnell an Einfluss.<sup>4</sup> Europa geriet in den Sog des

- 1 Susanne Klunkert/Ludmila Eckertová, Gemeinsamer Lernprozess „Europa“: Zu Entstehung und Inhalt dieser Studie, in: Susanne Klunkert/Barbara Lippert/Heinrich Schneider (Hg.), *Europabilder in Mittel- und Osteuropa. Neue Herausforderungen für die politische Bildung*, Bonn 1996, 11–37, hier 37.
- 2 Vgl. Hannes Siegrist/Rolf Petri, *Geschichten Europas. Kritik, Methoden und Perspektiven*, in: *Comparativ* 14 (2004), H. 3, 7–14.
- 3 Winston Churchill, *The Sinews of Peace*, in: Robert Rhodes James, *Winston S. Churchill: His Complete Speeches 1897–1963*, New York and London, Bd. VII, 1943–1949, 7285–7293. Jetzt auch abrufbar im Internet unter: <http://www.hp.org/churchill/>.
- 4 Vgl. Wilfried Loth, *Die Europa-Diskussion in den deutschen Besatzungszonen*, in: Ders. (Hg.), *Die Anfänge der europäischen Integration 1945–1950*, Bonn 1990, 103–128, hier 117.

Kalten Krieges, der die institutionelle Spaltung des Kontinents zusehends vorantrieb. Den Vorschlag Churchills vom September 1946, eine „Art Vereinigte Staaten von Europa“ unter Einbeziehung Deutschlands zu schaffen,<sup>5</sup> lehnte der Parteivorstand der noch jungen SED als „nebelhaften Plan“ ab. Der frühere Sozialdemokrat Otto Grotewohl, der neben Wilhelm Pieck den Parteivorsitz übernommen hatte, bezeichnete die Kampagne der SPD in den Westzonen für ein vereinigtes Europa als verlogen und lächerlich. In Wirklichkeit ginge es um die Zerstückelung Deutschlands. Die Bildung eines separaten Westblocks und die Idee einer europäischen Union, die in den deutschen Westzonen vor allem mit dem Namen Konrad Adenauers verbunden war, seien identisch.<sup>6</sup> In der Folge grenzte sich die SED-Führung – entsprechend der von der UdSSR bezogenen Stellung – in zwei hauptsächliche Richtungen ab: einerseits gegen die USA und andererseits gegen die deutschen Westzonen bzw. ab 1949 gegen die Bundesrepublik.

Im Sommer 1947 verbot Stalin den zu seinem Machtbereich gehörenden Ländern die Teilnahme am Europäischen Wiederaufbauprogramm (ERP) der USA. Dieser so genannte Marshallplan und die zu seiner Umsetzung gegründete Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) galten als Ausgangspunkt für die Verwirklichung westeuropäischer Integrationspläne, die Moskau als bedrohlich für die eigenen Einflussmöglichkeiten einschätzte. In den sowjetischen Medien und in der SBZ wurde er deshalb als ein Instrument der USA für die Versklavung und Spaltung Europas sowie die Teilung Deutschlands abgelehnt. Die SED nutzte die westlichen Integrationsbestrebungen propagandistisch aus, um sich selbst vor der Öffentlichkeit als Bewahrer der deutschen Einheit zu präsentieren und ihren Anschluss an die von Stalin gewünschte wirtschaftliche, kulturelle und politische Orientierung nach Osteuropa zu rechtfertigen. Schon auf dem II. Parteitag der SED im September 1947 zeichnete Otto Grotewohl ein klar an politischen Kriterien orientiertes Europabild. Anlass dafür waren die Grußkarten der kommunistischen Parteien aus nahezu allen europäischen Ländern. Doch, so der SED-Vorsitzende, Portugal sei „zu weit weg, um genannt zu werden“ und Norwegen weniger bedeutend als die osteuropäischen Staaten. Wirtschaftlich, politisch und kulturell würde die Zukunft in der Sowjetunion, Ungarn, Jugoslawien und Bulgarien liegen. Die Verbindungen zu Polen und der Tschechoslowakei sollten verbessert werden.<sup>7</sup> Diese Weichenstellung beruhte auf sowjetischen Vorgaben – aber nicht nur. Neben politisch-ideologischen Motiven fühlten sich viele Mitglieder der SED nach der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs auch moralisch zur Wiedergutmachung gegenüber den osteuropäischen Ländern verpflichtet. Doch der von Stalin 1949 als Gegengewicht zum Marshallplan gegründete Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) konnte die wirtschaftlichen Probleme der osteuropäischen Länder, trotz eigener Integrationsbemühungen seit Mitte der fünfziger Jahre, nicht lösen, während in Westeuropa Einigungspläne realisiert wurden, die weit über ökonomische Zielsetzungen hinausgingen. Dennoch haben weder die SED noch die Ministerien oder andere staatliche Institutionen in der SBZ/DDR den westeuropäischen Einigungsprozess systematisch

---

5 Vgl. Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957*, Göttingen, 31996, 44.

6 Vgl. Jana Wüstenhagen, *Blick durch den Vorhang, Die SBZ/DDR und die Integration Westeuropas (1946–1972)*, Baden-Baden 2001, 35.

7 Ebenda, 28–32.

untersucht. Bis zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im März 1957 dominierten statt dessen Propagandawellen, die von der SED-Führung immer dann ausgelöst wurden, wenn konkrete Einigungspläne „im Westen“, von dem man sich zunehmend wirtschaftlich, politisch, ideologisch und auch kulturell abgrenzen wollte, umgesetzt wurden. Wenn auch in den folgenden Jahren im Staatsapparat der DDR eine gründlichere Auseinandersetzung mit den verschiedenen Integrationsorganen in Westeuropa stattfand, so behielt sie doch im Wesentlichen ihren sporadischen Charakter.<sup>8</sup>

Auch deshalb hatten weder die sowjetischen noch die ostdeutschen Parteifunktionäre konkrete Vorstellungen davon, wie sie auf die für sie neuen Erscheinungen in Europa reagieren sollten. Die erste Maßnahme war eine totale Abwehrhaltung, das heißt, der westeuropäische Einigungsprozess wurde pauschal abgelehnt. Dies lag u.a. daran, dass nach den Lehren von Marx und Lenin imperialistische Zusammenschlüsse keine Zukunft hatten. Nur sozialistische Vereinigungen, so die zum Dogma erhobene These, könnten sich dauerhaft etablieren. Kapitalistische Vereinigungen müssten dagegen an den Widersprüchen zwischen ihren Mitgliedstaaten zugrunde gehen. Erst als die EWG, das Kernstück der westeuropäischen Integration, sich eher festigte als auseinander zu fallen drohte, erkannte das sowjetische Weltwirtschaftsinstitut in Moskau 1962 sie offiziell als Realität an, mit der auch in Zukunft in Europa zu rechnen sei.

Die SED-Führung hatte zwar schon zuvor jeden einzelnen Integrationsschritt des entstehenden Westblocks in ihrer Tageszeitung „Neues Deutschland“ kommentiert. Doch sind keine Strategien auszumachen, die auf einen konsistenten gesamteuropäischen Alternativplan schließen lassen. So wandten sich Partei- und Staatsvertreter gegen die Vereinnahmung des Begriffs Europa durch die westeuropäischen Institutionen, weil es sich nur um kleine, exklusive Vereinigungen handeln würde. Sie stellten aber keine tragfähigen Ersatzmodelle vor. Die von DDR-Außenminister Georg Dertinger (CDU) im März 1951 angekündigte Wende in der ostdeutschen Außenpolitik von Osten in Richtung Westen bedeutete daher nicht,<sup>9</sup> dass die DDR sich nun für die Einheit Europas im Sinne der Schaffung gemeinsamer, möglicherweise auch supranationaler Institutionen einsetzen würde. Der SED-Führung ging es im Gegenteil gerade darum, ihren Anspruch auf nationale und internationale Anerkennung gegenüber der eigenen Bevölkerung, dem Westen, aber auch gegenüber den eigenen Verbündeten durchzusetzen.<sup>10</sup> Europapolitik hieß dabei vor allem Deutschlandpolitik, und hinter den Bildern über die Gestaltung Europas verbargen sich in Wirklichkeit Vorstellungen über den Platz beider deutscher Staaten auf dem Kontinent. Die Bekenntnisse und Pläne zur deutschen Einheit, die bis Ende der fünfziger Jahre sowohl in der UdSSR<sup>11</sup> als auch in den beiden deutschen Staaten immer wieder

---

8 Vgl. ebenda, Kap. 4.

9 Vgl. Michael Lemke, Prinzipien und Grundlagen der Außenbeziehungen der DDR in der Konstituierungsphase des DDR-Außenministeriums 1949–1951, in: Ders. (Hg.), *Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953)*, Köln u.a. 1999, 233–274, hier 272.

10 Vgl. zur zögernden Unterstützung der DDR-Forderungen Carel Horstmeier: *Ostdeutsche Ohnmacht und widerwillige Hilfe durch Bruderstaaten. Die Anerkennungspolitik der DDR 1949–1973*, in: Heiner Timmermann (Hg.), *Die DDR in Europa – zwischen Isolation und Öffnung*, Münster 2005, 69–87.

11 Erinnert sei v.a. an die Stalinnoten vom März 1952. Vgl. dazu u.a. Hermann-Josef Rupieper, *Verpasste Chancen? Ein Rückblick auf die deutschlandpolitischen Verhandlungen 1952–1955*, in: Wilfried Loth (Hg.), *Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit*, Berlin 1994, 195–213.

auftauchten,<sup>12</sup> waren spätestens mit dem Mauerbau von 1961 für die SED-Führung irrelevant geworden. Fortan bildete das Bestehen von zwei deutschen Staaten den Kern ihres Europabildes und ihrer Europapolitik. Denn, so DDR-Außenminister Otto Winzer 1966, es sei „keineswegs etwa die Existenz zweier deutscher Staaten an sich, die Spannungen in Europa erzeugt. Es ist vielmehr die Feindseligkeit der westdeutschen Kreise, die die Einverleibung der Deutschen Demokratischen Republik fordern, [...], die in Deutschland Spannungen erzeugen, Spannungen, die auf Europa, ja sogar außereuropäische Staaten ausstrahlen.“<sup>13</sup> Die Botschaft war deutlich: ohne die DDR – kein Frieden in Europa. Sowohl Ulbricht als auch Honecker nutzten das weitverbreitete Sicherheitsbedürfnis in Deutschland und Europa, um die DDR als Garant für die Sicherheit des ganzen Kontinents darzustellen. Die Bundesrepublik wurde dagegen als Risiko dargestellt, denn mit der westeuropäischen Integration würde Bonn Hitlers „Endsieg“ doch noch erreichen und in Europa Großmachtpläne verfolgen wollen.<sup>14</sup> Die DDR als „antifaschistischer“ Gegenpol würde demzufolge das neue, das andere, das friedliche Europa verkörpern. In den fünfziger und frühen sechziger Jahren fand die DDR mit dieser Argumentation durchaus Gehör, denn vor allem in Polen und der Tschechoslowakei bot das Festhalten der Bundesregierung an den Grenzen von 1937 realen Nährstoff für die historisch begründeten Befürchtungen vor einer Revision des Status Quo.<sup>15</sup> Nach dem Mauerbau verlor das Bedrohungsargument unter den Verbündeten der DDR jedoch zusehends an Überzeugungskraft und scheiterte dann vollends einige Jahre später mit der Brandtschen Ostpolitik, sehr zum Verdruss der SED-Führung.<sup>16</sup>

Im Unterschied zu den anderen kleineren Ostblockstaaten konzentrierte sich die SED-Führung in ihrer Europapolitik fast ausschließlich auf sicherheitspolitische Fragen. Auf diesem Gebiet entwickelte sie auch eigenständige Vorstellungen über eine gesamteuropäische Zusammenarbeit. Dagegen wandte sie sich wesentlich schärfer gegen die Annäherung der beiden großen Wirtschaftsblöcke RGW und EWG als zum Beispiel Polen. Möglich wurde diese Schwerpunktsetzung durch das Zusatzprotokoll zum innerdeutschen Handel, durch das die DDR praktisch zur EWG gehörte. Anders als in den „Bruderländern“ stand daher die Sorge nicht im Vordergrund, wirtschaftlich vom wichtigen westeuropäischen und vor allem vom bundesdeutschen Markt, abgeschnitten zu werden.<sup>17</sup> Die SED-

---

12 Zur Resonanz der Pläne in beiden deutschen Staaten vgl. Reinhard Hübsch/Jürgen Frölich, *Deutsch-deutscher Liberalismus im Kalten Krieg. Zur Deutschlandpolitik der Liberalen 1945–1970*, Potsdam 1997; Reinhard Hübsch, *Als die Mauer wuchs. Zur Deutschlandpolitik der Christdemokraten 1945–1970*, Potsdam 1998 sowie Ders. (Hg.), „Hört die Signale“. *Zur Deutschlandpolitik von KPD/SED und SPD 1945–1970*, Berlin 2002.

13 Öffentliche Rede vom 22. Januar 1966, zit. nach Günter Wirth, *Gemeinsame Geschichte – Gemeinsame Verantwortung*, in: *Friedensrat der DDR (Hg.), Europa. Chronischer Wetterwinkel oder Friedenszone*, Berlin (Ost) 1966, 23–31, hier 30.

14 Vgl. Gerhard Reintanz, *Europäische Sicherheit und der Standpunkt der beiden deutschen Staaten*, in: ebenda, 49–68, hier 53–54. Reintanz war Professor für Völkerrecht an der Universität Halle.

15 Man denke etwa an das „nördliche“ bzw. „eiserne Dreieck“, mit dem die UdSSR die Kräfte Polens, der Tschechoslowakei und der DDR bündeln wollte, um die Einbindung der Bundesrepublik in die EVG zu verhindern. Vgl. Beate Ihme-Tuchel, *Das „nördliche Dreieck“*. Die Beziehungen zwischen der DDR, der Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1954 bis 1962, Köln 1994.

16 Vgl. ebenda, 334–356.

17 Die Politik der DDR im RGW zeichnete sich durch große Kontinuität aus. Nachdem die Versuche der UdSSR, den RGW zu einer supranationalen Planungsinstanz auszubauen, 1963 endgültig am rumäni-

Führung erhielt dadurch Spielraum, um sich in Europa als wesentlicher Baustein für die gesamteuropäische Sicherheit zu etablieren. Immerhin war sie damit so erfolgreich, dass Fred Oldenburg vom angesehenen Kölner Osteuropa-Institut noch Anfang 1989 konstatierte, Ost-Berlin habe „sich diplomatisch fest im Bewusstsein Europas verankert.“<sup>18</sup>

Insoweit hatte die SED-Führung die 17 Jahre außenpolitisch effektiv genutzt, die ihr seit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages mit der Bundesrepublik 1972 und der anschließenden internationalen Anerkennung noch blieben. Doch wo sahen sich die politischen Entscheidungs- und Funktionsträger der DDR selbst? Die Schaffung einer europäischen Identität,<sup>19</sup> das heißt die Entwicklung eines Zusammengehörigkeitsgefühls und gemeinsamer Vorstellungen, die eigene Zuordnung zu einer Gruppe (Selbstkategorisierung)<sup>20</sup> und die damit verbundene Abgrenzung nach außen, den „Anderen“ gegenüber, hatten DDR-Staatsrechtler immerhin noch 1986 als „imperialistische Integrationsideologie“ und „reaktionäre Defensivideologie“ abgelehnt.<sup>21</sup>

Wie oben gezeigt wurde, hatte sich die SED-Führung ganz bewusst und schon sehr früh, mit Beginn des Kalten Krieges, vom Integrationsprozess in Westeuropa distanziert und sich kulturell, wirtschaftlich und politisch nach Osteuropa orientiert. Dabei lassen sich auch Hinweise auf ein „Block-Bewusstsein“ finden. So etwa, wenn Staats- und SED-Chef Walter Ulbricht Mitte der sechziger Jahre erklärte: „Wir sozialistischen Staaten fühlen uns in besonderem Maße verantwortlich für das humanistische und kulturelle Erbe der Völker Europas.“<sup>22</sup> Im Unterschied dazu wurde Mitte der siebziger Jahre, im Kontext des KSZE-Prozesses, wieder verstärkt Bezug auf eine gemeinsame, unteilbare europäische Kultur genommen, die in Griechenland und Rom begann und sich in der christlichen Religion über den ganzen Kontinent verbreitete. „Weder die Gräueltaten des Mittelalters, noch die Einfälle wandernder Völkerschaften, noch Bruderkriege und nationalistische Kriege konnten dieses Gewebe gemeinsamer Idee zerreißen, die über die Renaissance, das Jahrhundert der Aufklärung, den Rationalismus des 19. Jahrhunderts, die modernen Wissenschaften und die großen revolutionären und humanistischen Ideen unserer Zeit jene Mischung ergaben, die

---

schen Veto gescheitert waren, hielt die DDR bis zum Schluss an bilateralen Beziehungen fest. Vgl. Ralf Ahrends, *Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW. Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976*, Köln/Weimar/Wien 2000, Kap. IV sowie 348.

18 Fred Oldenburg, *Die DDR im „Haus Europa“*. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Bd. 11, Köln 1989, 4.

19 Zum Problem, die „europäische Identität“ zu erfassen, vgl. Michael Riketta/Roland Wakenhut, *Europabild und Europabewusstsein. Bestandsaufnahme der empirischen Forschung und sozialpsychologische Forschungsperspektiven*, Frankfurt a.M./London 2002, 39f. In der politikwissenschaftlichen Forschung wird (wie im Folgenden) der Identitätsbegriff zumeist im Sinne eines Zugehörigkeitsgefühls gebraucht. Dagegen gründen sozialpsychologische Arbeiten auf dem Konzept der sozialen Identität, die als Teil der Identität eines Individuums definiert wird. Soziale Identität kommt durch das Wissen über die eigene Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe und eine affektive Bewertung dieser Zugehörigkeit zustande.

20 Vgl. John C. Turner/Michael A. Hogg/Penelope J. Oakes/Stephen D. Reicher/Margaret S. Wetherell, *Rediscovering the social group. A self-categorization theory*, Oxford 1987.

21 Karl-Heinz Röder (Hg.), *Studien zum politischen System des Imperialismus*, Bd. 4: *Der Politische Mechanismus der EG*, Berlin (Ost) 1986, 260.

22 Zit. nach Wirth, *Gemeinsame Geschichte*, 29.

wir heute als europäische Kultur bezeichnen.“<sup>23</sup> Mitte der achtziger Jahre bezeichnete dann eine staatliche Publikation genau diese Kultur, für die in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) unter dem Schlagwort der Europa-Idee geworben wurde, wieder als „mystische Losung“.<sup>24</sup>

Dieses Hin- und Herpendeln zwischen kultureller Abgrenzung und gesamteuropäischer Zugehörigkeit deutet darauf hin, dass Europa als kulturelle Kategorie in den Vorstellungen der SED-Führung nur eine nachgeordnete Rolle spielte, die je nach Tagespolitik für die außenpolitischen Ziele der DDR in Europa instrumentalisiert wurde.

Auch Berufungen auf die geographische Ausdehnung Europas waren eher selten im Vergleich zu den Äußerungen, die Bezug auf die politisch-institutionelle Entwicklung Europas nahmen (v.a. NATO, Warschauer Pakt, RGW, EWG/EG). Wenn, dann beschrieben sie die Grenzen des Kontinents in der traditionellen Weise, nämlich von der Küste des atlantischen Ozeans bis zum Ural.<sup>25</sup> Mit dem Begriff Europa verbanden sich demzufolge keine Vorstellungen von einem eurasiatischen Großkontinent. Damit blieb praktisch der asiatische Teil der Sowjetunion ausgespart. Die Zugehörigkeit der UdSSR zu Europa wurde (und damit auch ihre Zuständigkeit für den Kontinent) jedoch nie in Frage gestellt, soweit bekannt auch nicht in internen SED-Sitzungen. In den politischen Stellungnahmen war zu keiner Zeit nur vom europäischen Teil der UdSSR die Rede. Ob in den Reden Ulbrichts über die sozialistische Europapolitik der DDR oder in der Friedenspolitik Honeckers – die Sowjetunion blieb die Hauptkraft des gesellschaftlichen Fortschritts und des Friedens in Europa und der Welt, während die USA vom Kontinent ferngehalten werden sollten. Der geographische Begriff Europas verblasste somit ebenso wie der kulturelle Einheitsgedanke vor der politischen Realität. Die politisch-ideologische, militärische und wirtschaftliche Auseinandersetzung der Systeme, in deren europäischem Zentrum die beiden deutschen Staaten standen, zog andere Grenzlinien. So standen im DDR-Sprachgebrauch Warschauer Pakt und RGW, NATO und EWG/EG sowie DDR und BRD gleichsam als Synonyme für Ost- bzw. Westeuropa. Das somit in zwei Teile zerfallende offizielle Europabild in der DDR korrespondierte auf globaler Ebene mit der Teilung der Welt in Ost und West während des Kalten Krieges. Diese Dichotomie war zum einen stalinistischen Einflüssen zuzuschreiben. Das Weltbild der SED-Führung war in der Endphase der Weimarer Republik geprägt worden, in dem die These des Stalin-Vertrauten Andrej A. Ždanov von einem finalen Endkampf der „zwei Lager“ Kapitalismus – Kommunismus, eine zentrale Rolle spielte.<sup>26</sup> Stalin und seine Berater konstruierten ein Europa der „Völker“, die der UdSSR in Dankbarkeit und Freundschaft verbunden waren. Jeder, der nicht in diese Kategorie passte, war ein Feind und gehörte nicht zur europäischen Völkerfamilie.<sup>27</sup> Zum anderen aber

---

23 DDR-Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit (Hg.), *Werktätige Europas, vereinigt euch für die Sicherheit, die Zusammenarbeit und den Frieden in Europa*, Berlin (Ost) 1978, 10.

24 Röder, *Mechanismus*, 258–260.

25 Vgl. für den Beginn der fünfziger Jahre Wüstenhagen, *Blick*, 38. 1978, unter dem Eindruck des KSZE-Prozesses, als ein Zusammenrücken der Blöcke greifbar schien, umriss das DDR-Friedenskomitee eine Europakarte, die „von Island bis zur Türkei (der europäische Teil, J.W.), vom Ural bis Gibraltar“ reichte. *Werkstätige*, 18.

26 Vgl. Ihme-Tuchel, *Das nördliche Dreieck*, 189.

27 Vgl. den Beitrag von Jan C. Behrends in diesem Band. Immerhin weisen die Zwischenrufe auf dem II. SED-Parteitag darauf hin, dass dieses Europabild nicht kritiklos aufgenommen wurde. Die Einflüsse



gehörte die Zweiteilung Europas nach Rolf Petri zu Jahrhunderte alten Denkmustern.<sup>28</sup> Nach 1945 ist auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ in Europa darauf zurückgegriffen worden. Wenn Petris These stimmt, wonach das Wesen des modernen Europas nicht aus konkreten geographischen Gegenständen besteht, sondern aus einem variablen Set von Zitaten und Querverweisen, die sich vom Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert herausgebildet haben, dann hätte die SED-Führung sich typisch „europäisch“ verhalten, indem sie sich je nach Bedarf aus den Versatzstücken des europäischen Baukastens bediente. Dazu zählten die Abgrenzung gegenüber einem ideologischen Feind, die Versuche, den „europäischen Bürgerkrieg“ (Ernst Nolte) durch Appelle an das internationale Proletariat für sich zu entscheiden, die Teleologie des Fortschritts (als Re-Inkarnation der Theologie des Heils) sowie die manichäische Teilung der Gesellschaft in Gut und Böse.<sup>29</sup>

Ein gesamteuropäisches Ideal, sofern sich ein solches überhaupt nachweisen lässt, äußerte sich in allgemeinen Bekundungen, das Kräftesystem in Europa (weiter) zugunsten des Sozialismus verändern zu wollen. Europa sollte sozialistisch bzw. kommunistisch oder aber gar nicht sein. Selbst im unmittelbaren Umfeld des KSZE-Prozesses, der auch einen neuen Wind durch die offiziellen Darstellungen der DDR zu fegen schien, beinhaltete „Gesamteuropa“ immer „zwei Europas“ und vor allem zwei deutsche Staaten. Friedlich sollten die beiden Systeme miteinander wetteifern, nach klaren Regeln, die einen fairen Wettbewerb garantieren würden. Das Vorbild dafür stellte in den siebziger Jahren der Sport dar. Dort sei Europa am meisten geeint.<sup>30</sup> Die Schlussakte von Helsinki 1975 ist von der DDR-Führung als ein solches Regelwerk angesehen worden. Sie beruhte auf den Prinzipien der „friedlichen Koexistenz“ von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und galt später als Hausordnung für das zu errichtende „gemeinsame europäische Haus.“

1973 hatte Leonid Brežnev, der die Mannschaft(en) des Ostblocks bis zum Start Gorbachevs anführte, erste Vorstellungen von einem „Haus Europa“ entwickelt, in dem beide Blöcke Platz haben würden: Im „europäischen Haus ist es angesichts des heutigen Charakters der Produktivkräfte zu eng und unbequem geworden, in jeder einzelnen ‚Wohnung‘ ein abgekapseltes Wirtschaftsleben zu führen. Zudem ist dieses Haus bei den jetzigen Massenvernichtungsmitteln äußerst feuergefährlich geworden. Deshalb ist die Erhaltung des Friedens in Europa im Grunde zu einer kategorischen Notwendigkeit und der größtmögliche Ausbau der verschiedenen friedlichen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten zum einzigen wirklich vernünftigen Ausweg geworden.“<sup>31</sup> Damit hatte Brežnev die äußeren Zwänge umrissen, die den Kremel dazu bewegten, Europa-Ost und Europa-West enger

---

der so genannten Westemigranten, die außerhalb der UdSSR in verschiedenen westlichen Ländern Asyl gefunden hatten, sowie sozialdemokratische Traditionen, die nach der Zwangsvereinigung in der SED weiterwirkten, mussten erst beseitigt werden. Vgl. Harold Hurwitz, Die Stalinisierung der SED: zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen, Opladen 1997. Einen Einstieg in die Remigranten-Problematik bietet Marita Krauss, Heimkehr in ein fremdes Land. Geschichte der Remigration nach 1945, München 2001. Zu den Repressionswellen gegen Westemigranten in der DDR, siehe dort v.a. 131–133. Für einen prominenten Fall siehe Jeffrey Herf, East German Communists and the Jewish questions: the case of Paul Merker, Washington 1994.

28 Rolf Petri, Europa? Ein Zitatensystem, in: *Comparativ* 14 (2004), H. 3, 15–49.

29 Vgl. ebenda, 49.

30 *Werktätige*, 11.

31 Brežnev auf dem Weltkongress der Friedenskräfte, 26.10.1973, zit. nach: *Werktätige*, 13.

miteinander zu verbinden als bisher: die weltwirtschaftliche Verflechtung sowie die Bedrohung des Kontinents durch Kernwaffen. Was er verschwieg, war die innere ökonomische Zwangslage der Sowjetunion zu Beginn der siebziger Jahre, die sich unmittelbar auf den gesamten Ostblock auswirkte. Der Ölschock und die darauf folgende weltweite Energiekrise zwang die Sowjetunion, ihre Rohöllieferungen in das sozialistische Lager drastisch zu kürzen. Für die SED-Führung stellte sich schon damals die Frage des Überlebens unmittelbar.<sup>32</sup> Insofern lag es auch in ihrem Interesse, die wirtschaftliche Kooperation mit den westeuropäischen Staaten zu suchen und dies zugleich als ein friedliches Kräfteressen und eigenen Beitrag für die Sicherheit und den Frieden in Europa zu postulieren. Wenn die politische Führung in der DDR seit Mitte der siebziger Jahre ein „neues und geeintes Europa“ in Aussicht stellte, dann war damit die Festschreibung des bestehenden, alten, geteilten Europas gemeint: die Anerkennung der 1945 gezogenen Territorialgrenzen, die Respektierung der staatlichen Souveränität und die Akzeptanz der unterschiedlichen Blocksysteme.<sup>33</sup>

Sofern es tatsächlich eine transnationale, europäische Einheit im Denken der SED gegeben hat, dann zeigte sie sich im Bemühen um die Mobilisierung der arbeitenden Massen in allen Ländern Europas für die Umsetzung ihrer politischen Vorstellungen. „Die Einheit der Werktätigen Europas kündigt sich an; wir werden sie unterstützen“ hieß es in einer Broschüre, die eine (gesamt-) europäische Arbeitsgruppe aus linken Gewerkschaftern, Journalisten und Wissenschaftlern unter Beteiligung von DDR-Vertretern Mitte der siebziger Jahre veröffentlichte. Vor allem die Gewerkschaftsbewegung sollte sich in Ost und West für gemeinsame Aktionen verbünden. Aber auch jeder einzelne Arbeiter, Bauer, Ingenieur, Wissenschaftler, Freischaffende sowie Angestellte im Handel und im öffentlichen Dienst wurde aufgerufen, sich am gemeinsamen Kampf für den Frieden und „gegen alle Formen des Faschismus“ zu beteiligen. Hemmnisse für die als notwendig bezeichnete Vereinigung aller Arbeitnehmer wurden durchaus erkannt und benannt: unterschiedliche politische Auffassungen, unterschiedliche soziale und ökonomische Bedingungen, nationalistische Vorurteile, weltanschauliche und religiöse Unterschiede, die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, der Snobismus des ‚Stehkragenproletariats‘, womit offenbar die kleinen Angestellten gemeint waren, sowie die individuelle „Trägheit, Gleichgültigkeit und Unwissenschaft bestimmter Werktätiger.“ Weitaus stärker sei jedoch das Einigende: der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, der Kampf gegen den Kapitalismus, die Besorgnis über den zunehmenden Einfluss multinationaler Konzerne sowie das Bekenntnis zur internationalen Solidarität mit den Unterdrückten der ganzen Welt. Die Broschüre ist ein Zeugnis für das Bemühen der SED-Führung, eine Massenbewegung in ganz Europa in Gang zu setzen, die helfen würde, das von der UdSSR vorgeschlagene und von Erich Honecker persönlich angestrebte System der kollektiven Sicherheit in Europa zu verwirklichen. Sie ist

---

32 Vgl. den Brief Erich Honeckers an Leonid Brežnev vom 4. September 1981. SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2A/2422, neuerdings auch im Internet abrufbar unter: <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/chronik/1981>. Letzter Zugriff am 16. Mai 2006.

33 *Werktätige*, 17. Die Broschüre entstand im Rahmen einer internationalen Arbeitsgruppe, die sich aus vornehmlich linken Vertretern (Gewerkschafter, Journalisten, Wissenschaftler) aus Belgien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen, DDR, BRD und der Sowjetunion zusammensetzte und sich vorgenommen hatte, das Heft in mehreren Sprachen über den Kontinent zu verbreiten.

aber auch ein Beleg dafür, dass der alte kommunistische Traum von der Vereinigung der Proletarier aller Länder noch längst nicht ausgeträumt war.

Als daher Gorbačev seit Mitte der achtziger Jahre seine Vorstellungen von einem gemeinsamen europäischen Haus entwickelte, beobachtete Erich Honecker dies mit Entsetzen und völligem Unverständnis. Die „Familie“, als die er die sozialistischen Länder stets betrachtet hatte, fiel auseinander, und das Europa-Haus, das er sich mit festen Wänden und Türen vorgestellt hatte, die beide Blöcke voneinander trennen sollten, entwickelte sich mehr und mehr zu einem Ort, an dem Freund und Feind unkontrolliert aufeinandertrafen.<sup>34</sup> Die Enttäuschung, Fassungslosigkeit und Ohnmacht, die sich der SED-Führung bemächtigte, als immer deutlicher wurde, dass die bisherigen Grundpfeiler ihrer ordnungspolitischen Vorstellungen von Europa zusammenbrachen, widerspiegelte sich in ihrer Europapolitik. In der KSZE wandelte sich das Engagement der Anfangszeit in Zögerlichkeit und teilweise Ablehnung (Bereich Menschenrechte) um, während die Bundesrepublik eine entgegengesetzte Entwicklung durchlief.<sup>35</sup>

Ein Europa ohne die DDR gab es in Honeckers Denken bis zum Schluss nicht. Angesprochen auf die zukünftige Rolle der DDR in Europa war er noch im September 1989 davon überzeugt, dass *beide* deutsche Staaten darin ihren Platz finden würden. Schließlich bedeute „ein ‚Aneinanderrücken‘ der Länder auf unserem Kontinent nicht ein ‚Abrücken‘ von unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen.“ Die DDR würde, so Honecker, sozialistisch bleiben und im Sinne der KSZE-Schlussakte dazu beitragen, dass Warschauer Vertrag und NATO überflüssig würden. Für den wirtschaftlichen Bereich stellte er sich den Ausbau der Beziehungen zwischen RGW und EWG vor. Honeckers starres, ideologisch geprägtes Weltbild widerspiegelte sich auf die gleiche Weise in seinem Europabild und danach in seinem Deutschlandbild. Nach seiner Auffassung würden sich Ost und West auf unbestimmte Zeit als Blöcke gegenüberstehen. Es ging nun lediglich darum, die Beziehungen zwischen diesen weiter „zu normalisieren.“ Europa als gemeinsames Haus tauchte in der Vorstellung des 77jährigen Staats- und Parteiobershauptes vor allem als Rahmen für eine europäische Friedensordnung auf, zu der die Existenz von zwei deutschen Staaten gehörte. Diese, so der geborene Saarländer, „lassen sich ebenso wenig vereinigen wie Feuer und Wasser, [...]“<sup>36</sup>

Doch hatten sich die Voraussetzungen dafür seit Mitte der achtziger Jahre grundlegend geändert. Das SED-Regime sah sich nun an zwei Fronten in Europa herausgefordert: auf der einen Seite stand – das war nichts Neues – die Bundesrepublik, wirtschaftlich und politisch stärker als die DDR. Auf der anderen Seite wankte – was viel schwerer wog – die wichtigste Garantie- und Bündnismacht. Die Bewegung, die in das eigene Lager seit Gorbačevs Perestrojka gekommen war, würde die DDR am Ende die Existenz kosten.<sup>37</sup> Die SED-

---

34 Vgl. Jana Wüstenhagen, *Zwischen Parteidoktrin und Realpolitik. Die DDR und die westeuropäische Integration 1957–1989*, in: Mareike König/Matthias Schulz (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949–2000. Politische Akteure, gesellschaftliche Kräfte und internationale Erfahrungen*, Stuttgart 2004, 495–509, hier 505f.

35 Vgl. den Erinnerungsbericht von Peter Steglich, Günther Leuschner, *KSZE-Fossil oder Hoffnung?* Berlin 1996.

36 Hier und im vorstehenden Interview Erich Honeckers mit der polnischen Wochenzeitung „Polityka“, in: *Neues Deutschland (A)* vom 7. September 1989, 3.

37 Vgl. zur beidseitigen Herausforderung der DDR auch Oldenburg, DDR, 1.

Führung reagierte mit Abgrenzung nach West und – das war neu – Ost. Während Honecker in Richtung Bundesrepublik prophezeite, die Mauer würde noch in 100 Jahren stehen,<sup>38</sup> lehnte SED-Politbüromitglied Kurt Hager mit Blick nach Moskau einen „Tapetenwechsel“, sprich eine Perestroika in Ost-Berlin, ab.<sup>39</sup>

Erst vor diesem macht- und interessenpolitischen Hintergrund vertrat die SED-Führung offensiv gesamteuropäische Vorstellungen, vor allem auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der Energie und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.<sup>40</sup> Die Einheit des Kontinents im Sinne einer Überwindung der Blöcke war damit jedoch nicht gemeint, denn sie beharrte weiter auf dem politischen und territorialen Status Quo in Europa wie er in Helsinki anerkannt worden war.

Die dargestellten Europabilder lassen sich nicht nur in der oberen Partei- und Regierungsebene nachweisen. Das Ost-Berliner Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, kurz IPW, wird zwar häufig angeführt, um die Meinungsvielfalt gegenüber der westeuropäischen Integration zu belegen, die sich außerhalb des engen Zirkels der SED-Führung entwickelte.<sup>41</sup> Doch auch die darin entwickelten Vorstellungen verstanden sich als Beitrag zur „sozialistischen Europapolitik“. Das Fundament des gemeinsamen europäischen Hauses bestand folglich auch hier aus Beton-Bausteinen: der Existenz zweier deutscher Staaten, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Anerkennung zweier unterschiedlicher sozialer Systeme. Nur auf dieser Grundlage ließen sich Europa-Visionen einbinden wie etwa das vom bulgarischen KP-Chef Todor Živkov vorgeschlagene „Balkanstockwerk“ oder eine Etage für die nord- bzw. mitteleuropäischen Staaten.<sup>42</sup> Dass diese Baupläne nichts am bestehenden Fundament ändern sollten, zeigt sich im Festhalten an der militärischen „Verteidigungsdoktrin“ des Warschauer Paktes, während die Doktrin und Praxis der NATO noch 1988 als „veränderungsbedürftig“ deklariert wurden.<sup>43</sup> Die darin zum Ausdruck kommenden ideologischen Präfigurationen behinderten die Entwicklung gesamteuropäischer Visionen, wie etwa ein Europa ohne gegensätzliche Blöcke.

---

38 Neues Deutschland, 20. Januar 1989.

39 Neues Deutschland, 10. April 1987.

40 Oldenburg, DDR, 52–55. In diesen Bereichen gab es im Rahmen der Ostseewochen in der DDR Ansätze für eine regional begrenzte Kooperation unter den Ostsee-Anliegerstaaten schon seit Ende der fünfziger Jahre. Vgl. Michael F. Scholz, *Die Ostsee muss ein Meer des Friedens sein: die Rostocker Ostseewochen in der Außenpolitik der DDR (1958–1975)*, Rostock (unveröff. Diss.) 1990.

41 Vgl. u.a. Hans-Georg Ehrhart, *Die (West-) Europäisierung Europas und die Rolle Frankreichs aus östlicher Sicht* (Kurzpapier der Abteilung Außenpolitik- und DDR-Forschung, (21), Bonn 1988. Auch Oldenburg, DDR, 53.

42 Vgl. Max Schmidt/Wolfgang Schwarz, *Das gemeinsame Haus Europa – Realitäten, Herausforderungen, Perspektiven* (II), in: *IPW Berichte* (1988), H. 10, 17. Jg., 1–11.

43 Rolf Lehmann, *Militärische Aspekte der Sicherheit und die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages*, in: ebenda, 12–18.

## Ein Europa der Nationen: nicht-offizielle im Vergleich mit offiziellen Europabildern

Die offiziellen Vorstellungen von Europa, die in den Schriften der SED, den Untersuchungen der Ministerien und wissenschaftlichen Institutionen sowohl im eigenen als auch im Ausland verbreitet wurden, können in gewisser Weise als „praktischer“ Teil des Europabildes der DDR bezeichnet werden. Denn vor allem sie fanden Eingang in die Europapolitik der SED. Jedoch riefen die über Staats- und Parteikanäle propagierten Europabilder auch Reaktionen von Kritikern, Bürgerrechtsgruppen und Oppositionellen hervor, die seit Mitte der siebziger Jahre zunehmend im Untergrund, halboffiziell und unter dem Dach der Kirchen in der DDR zirkulierten sowie in beschränktem Maße auch außerhalb rezipiert wurden (u.a. in der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei). Völlig losgelöst von der politischen Praxis blieben ihre „theoretischen Planspiele“ dennoch nicht, wie vor allem das Beispiel der evangelischen Kirche in der DDR zeigt. Angesichts des absoluten Führungsanspruchs der SED war dies keinesfalls selbstverständlich. Doch mehrere innen- und außenpolitische Veränderungen beförderten die Verbreitung nicht-staatlich initiierten Gedankenguts. Zum einen hatte sich der SED-Staat seit dem Mauerbau 1961 nach innen und außen konsolidiert. Die – wenn auch nur kurze – wirtschaftliche und geistige Liberalisierungsphase, die zu Beginn der siebziger Jahre die ostdeutsche Gesellschaft beflügelte, war Ausdruck des gewachsenen Selbstbewusstseins der SED-Führung. Zum anderen war das Ministerium für Staatssicherheit von offener Repression, die seine Arbeit noch in den fünfziger und sechziger Jahren kennzeichnete, zu „weicheren“ Unterdrückungsmethoden übergegangen und meinte, durch ein weitgespanntes Informanten-Netz solche so genannten subversiven Tätigkeiten unter Kontrolle halten zu können. Die Integrationsstrategien der evangelischen Kirchenleitung (Kirche im Sozialismus), das Bemühen Honeckers, möglichst viele Kräfte in seine europäische Friedenspolitik einzubinden sowie der Aufschwung der westlichen Friedensbewegung in den achtziger Jahren dürfen ebenfalls nicht ignoriert werden. Schließlich aber – und dies ist möglicherweise der gewichtigste Faktor – standen die Europavorstellungen von Dissidenten, Kirchenvertretern und der politischen Elite in der DDR häufig nahe beieinander. Vergleicht man beide miteinander, dann sind die inhaltlichen Gegensätze nicht sehr groß. Im Gegenteil, wie Christian Domnitz nachgewiesen hat, trafen sich offizielle und halboffizielle Europavorstellungen in der Idee von einem Europa der Nationen, und das nicht nur in der DDR, sondern ebenso in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Supranationale Ideen bildeten die Ausnahme. Im Zentrum stand der Nationalstaat. Eine zweite Übereinstimmung, vor allem im Zusammenhang mit dem KSZE-Prozess, ist in der Berufung auf ein kulturell geeintes Europa zu finden, auf die gemeinsamen christlichen und humanistischen Traditionen des Abendlandes. Eine dritte Parallele zeigte sich in der Idee von „Europa“ als Ort der Abgrenzung.<sup>44</sup>

Unterschiedliche Auffassungen zwischen offiziellen und halboffiziellen/oppositionellen Vorstellungen gab es dagegen darüber, wie dieses nationalstaatliche, durch kulturelle

---

44 Vgl. dazu den Beitrag von Christian Domnitz im vorliegenden Band.

Traditionen verbundene und in verschiedene Richtungen abzugrenzende Europa im Einzelnen aussehen und wie es gebaut werden sollte.<sup>45</sup>

Während die SED-Führung nach innen und außen die Existenz von unterschiedlichen Blöcken und zwei souveränen deutschen Staaten propagierte, knüpfte der kleine Kreis von DDR-Oppositionellen an europäische Nachkriegspläne an, die ein neutrales, entmilitarisiertes Deutschland vorsahen.<sup>46</sup> Während sich die Bevölkerung und oppositionelle Gruppen nach der KSZE in Helsinki vor allem auf die Beschlüsse zu Menschenrechtsfragen, Reisefreiheit, Umweltschutz, etc. konzentrierten,<sup>47</sup> beschränkte sich die staatliche Diskussion überwiegend auf die Sicherheitsaspekte und die Chancen für die Stabilisierung der Beziehungen zwischen West und Ost.<sup>48</sup> Und während die SED-Regierung im gesamt-europäischen Sicherheits- und Friedensinteresse den Leim sah, der die verschiedenen Teile Europas ebenso wie ihren Staat zusammenhalten sollte, hofften die Dissidenten auf die Durchsetzung von Bürgerrechten wie sie aus dem Westen Europas bekannt waren.

Die verschiedenen Oppositionsgruppierungen in der DDR verstanden sich dabei durchaus als Alternative zu staatlichen Initiativen und versuchten, ihre Standpunkte zu Menschenrechts- und Abrüstungsfragen zunehmend öffentlich zu machen.<sup>49</sup> Alle Hochachtung vor diesen Aktivitäten darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie nie die breite Öffentlichkeit erfassten. Zum einen isolierte die SED-Regierung mit Hilfe der Staatssicherheit diese Versuche weitgehend. Zum anderen fehlte in großem Umfang der Anschluss an Bewegungen außerhalb der DDR. So fanden die Mitteleuropa-Ideen, die seit Beginn der achtziger Jahre von polnischen, tschechoslowakischen und ungarischen Dissidenten im Kontext der Verhängung des Kriegsrechts in Polen und der westlichen Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss diskutiert wurden, weder in der DDR noch in der Bundesrepublik bemerkenswerte Beachtung. Diese Konzepte grenzten Mitteleuropa einerseits gegen die Sowjetunion ab und warfen dem Westen vor, Mitteleuropa vergessen zu haben. Andererseits wurden Vorstellungen von einem neutralen Mitteleuropa, mit einem vereinigten Deutschland als Lösung der „deutschen und europäischen Frage“ entworfen (Gruppe Charta 77 in der Tschechoslowakei, die u.a. mit Reiner Kunze und Bärbel Bohley aus der DDR Kontakt hatte). Diese Dissidenten wurden in der Bundesrepublik, im Gegensatz zu Frankreich und den USA kaum rezipiert und demzufolge auch nicht unterstützt. Die politische Elite in der Bundesrepublik habe, so Schmierer, in der praktischen

---

45 Jüngste Forschungen zeigen, dass dabei auch unter den osteuropäischen Staaten unterschiedliche Europa-Bezüge zu beobachten waren, die mit dem jeweiligen nationalen Selbstbild zusammenhingen. Ungarn verstand (und versteht) sich als Brücke zwischen Ost und West, in Polen wurde dagegen das Bild des „armen europäischen Verwandten“ gepflegt. Vgl. Éva Kovács, Wie wird Europa in Ungarn kommuniziert?, in: Vrääth Öhner/Andreas Pribersky/Wolfgang Schmale/Heidmarie Uhl (Hg.), *Europa-Bilder*, Innsbruck u.a. 2005, 103–118, hier 106.

46 Vgl. ebenda.

47 Trotz der zahlreichen offiziellen Bekenntnisse der SED-Führung zu den Ergebnissen von Helsinki öffnete sich nur für relativ wenig DDR-Bürger das „Fenster zur Welt“. Reisefreiheit blieb ebenso wie die Meinungsfreiheit eine Illusion.

48 Der vollständige Text der Schlussakte von Helsinki wurde in allen Tageszeitungen der DDR veröffentlicht und diskutiert. Siehe u.a. die Ausgaben von *Neues Deutschland* im August und September 1975.

49 Vgl. Stephan Bickhardt, *Entspannungspolitik von unten. Aktivitäten von nichtstaatlichen Gruppen und ihre Nachwirkungen*, in: *Deutscher Bundestag (Hg.), Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, Bd. 8/1, Baden-Baden 1995, 753–775.

Politik eben nicht auf die Oppositionellen, sondern auf die Machthaber im SED-Staat gesetzt.<sup>50</sup> Deshalb ist auch eine gewisse Skepsis angebracht gegenüber dem Gewicht der nicht-staatlichen Europabilder außerhalb des Nischendaseins, das sie im Vergleich zur Dominanz der offiziellen Europadarstellungen in der DDR fristeten.

Eine Ausnahme bildeten die Europadebatten unter dem Dach der Kirchen, die erhebliche Hilfestellung bei der Entstehung und Verbreitung von Europavorstellungen in ihren Ländern leisteten. So war der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR von Anfang in den KSZE-Prozess eingebunden und setzte sich gegenüber dem Außenministerium der DDR für die Einhaltung der in Helsinki unterzeichneten Menschenrechtsverpflichtungen ein. Ihre Rolle ist umso höher einzuschätzen, da sich Bürgerrechtsbewegungen offenbar relativ spät und nur vereinzelt bei staatlichen Stellen zu Wort meldeten.<sup>51</sup>

Der Gedanke einer Friedenspolitik „von unten“, den die Oppositionellen in der DDR verfolgten, schien sich zunächst mit den Vorstellungen der SED-Regierung zu treffen, denn auch ihr ging es um eine breite, Ost und West erfassende Friedensbewegung. Im Gegensatz zu den Oppositionsgruppen in der DDR zielte sie jedoch auf eine klar abgegrenzte, klassen- und schichtenorientierte Strategie ganz im Sinne der Lehren von Marx, Engels und Lenin. Das DDR-Friedenskomitee rief wenige Jahre nach der Abschlusskonferenz in Helsinki zum großen Kampf auf: „Werktätige aller Länder Europas, vereint euch für die Sicherheit, den Frieden in Europa“, um dann detailliert aufzulisten, wer „für“ und wer „gegen“ den europäischen Entspannungsprozess sei. Auf der einen Seite, bei denen, die angeblich „dafür“ waren, standen die europäische Arbeiterklasse, die Jugendlichen und Frauen, die gläubigen und atheistischen Wissenschaftler. Die „Anderen“ waren „Gruppen“, die „Hass und Misstrauen schüren“, militaristische Kreise, die kapitalistische Rüstungsindustrie, nationale und multinationale Konzerne.<sup>52</sup> Diese Feindbilder dienten der SED-Führung dazu, ihrer Öffnung zum westlichen Europa entgegenzuwirken, die mit ihrer Sicherheitspolitik zwangsläufig verbunden war. Das teleologische Geschichts- und Gesellschaftsbild, das die SED-Führung hatte, behielt auch im „Helsinki-Europa“ seine Gültigkeit.

Die Schlussakte der Helsinki-Konferenz (1975) stellte in den achtziger Jahren den wichtigsten Referenzpunkt für die Europavorstellungen von politischen Dissidenten ebenso wie für offizielle Organisationen und Institutionen in den Ländern des Ostblocks dar.<sup>53</sup> In weiteren Untersuchungen wäre noch zu prüfen, ob und wenn ja welche Vorstellungen der staatlichen Vertreter und welche Ideen der Opposition (vermittelt über die Kirchen) aus der DDR Eingang in die bundesdeutsche Europapolitik gefunden haben. Zumindest haben in der KSZE beide deutsche Staaten derart eng zusammengearbeitet, dass, je nach Standpunkt, von einer deutsch-deutschen Verantwortungsgemeinschaft<sup>54</sup> und sogar von Kollaborationsverdacht die Rede war.<sup>55</sup>

50 Joscha Schmierer, *Mein Name sei Europa. Einigung ohne Mythos und Utopie*, Frankfurt a.M. 1996, 153. Zum Vorhergehenden vgl. ebenda, 145–155.

51 Vgl. Steglich, Leuschner, KSZE, 272.

52 *Werkstätige*, 8–10.

53 Für die SED-Regierung blieb neben Helsinki vor allem die Potsdamer Konferenz ein „Erinnerungsort“, um die Existenz des eigenen Staates in Europa zu rechtfertigen.

54 Steglich, Leuschner, KSZE, 257.

55 Vgl. das Vorwort von Egon Bahr in: ebenda, KSZE, 8.

Schließlich ist auf Vorstellungen von Europa zu verweisen, die sich im alltäglichen Privatleben der großen Masse der DDR-Bürger entwickelten und nicht in bewusster Auseinandersetzung mit den offiziell propagierten Europavorstellungen. In dieser „heilen Welt der Diktatur“ (Wolle) wurde ein Idealbild vom Westen gepflegt, das vor allem mit Vorstellungen von einem besseren Lebensstandard und Konsum erfüllt war.<sup>56</sup> Da vergleichsweise wenig DDR-Bürger nach Westeuropa reisen und sich ein eigenes Bild vom Leben im anderen Teil Europas machen konnten, wurde das so genannte Westfernsehen zu einer der beständigsten Informationsquellen. Aus der Mischung von bundesdeutscher Werbung, Unterhaltungsfilm, Nachrichten, Berichten etc. erschufen sich die Ostdeutschen allabendlich in ihren Wohnstuben ein Bild, in dem die westeuropäische Integration mit dem wirtschaftlichen Wohlstand der Bundesrepublik gleichgesetzt wurde. Die Konfrontation mit dem „richtigen“ Westen führte nach 1989 dann zum Teil zu einem regelrechten „Realitätsschock“.<sup>57</sup> So hatte man sich weder Europa noch die Bundesrepublik vorgestellt. Auch das sollte im Blick bleiben, wenn die Rolle des bundesdeutschen Fernsehens bei der Schaffung der deutschen Einheit – ein Ereignis, das die Zukunft Europas unmittelbar betraf – gelobt wird.<sup>58</sup>

Soweit es überhaupt eingeschätzt werden kann, vermochten weder die offizielle Propaganda noch die Aktivitäten der Opposition und auch nicht die bundesdeutsche Medienmacht der DDR-Bevölkerung ein klares Europabild zu vermitteln. Als hinweggefegt konnte im Herbst 1989 allenfalls die Idee von der Existenz zweier deutscher Staaten und damit von *zwei* deutschen Nationen in Europa gelten. Doch konkrete Vorstellungen vom (west-)europäischen Integrationsprozess, zu dem die früheren DDR-Bürger nun gehören sollten, hatte kaum jemand. Nur ein bis zwei Prozent der 15- bis 24jährigen ostdeutschen Jugendlichen gaben kurz nach der „Wende“ an, „sehr gut“ über die Europäischen Gemeinschaften (EG) aufgeklärt zu sein. 81 Prozent fühlten sich dagegen ungenügend gerüstet. Diese Daten geben freilich keine Auskunft über konkrete inhaltliche Defizite. Doch entsprechen sie der Gesamttendenz in der DDR-Bevölkerung und vermitteln einen Eindruck davon, mit welcher Unsicherheit diese auf „Europa“ traf.<sup>59</sup> Als die anfängliche Euphorie nach zwei Jahren verfliegen war, blieb angesichts der deutschen Einheitsprobleme vom „Europa in den Köpfen“ der DDR-Bevölkerung kaum etwas sichtbar. Dennoch versucht die gegenwärtige Forschung auf der Suche nach einem „Gemeinsamen Markt des Geistes“ auf dem Kontinent genau an diese Bilder anzuknüpfen.

---

56 Auch in Ungarn ist dieses Phänomen nachgewiesen worden, vgl. Kovács, *Wie wird Europa*, 106.

57 Auch in Polen, Ungarn, der Slowakei und Tschechien. Vgl. Klunkert u.a. (Hg.), *Europabilder*, 236.

58 Vgl. z.B. Fritz Pleitgen über den „entscheidenden Beitrag“ der ARD für die Bewahrung des deutschen Zusammengehörigkeitsgefühls. Pleitgen, Vorsitzender der ARD und Intendant des WDR, war in den siebziger und achtziger Jahren als Korrespondent in der DDR, in: *Deutsches Rundfunkarchiv* (Hg.), *In geteilter Sicht. Fernsehgeschichte als Zeitgeschichte – Zeitgeschichte als Fernsehgeschichte, Dokumentation eines Symposiums*, Potsdam 2004, 23.

59 Zahlen nach Thomas R. Henschel, *Europabewusstsein Jugendlicher in West- und Ostdeutschland 1992*. Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Jugend und Europa, Bd. 1, Mainz 1993, 11, der sich auf die Umfragen der EG bezieht, die so genannten Eurobarometer.



## Europa im Kopf? Europabilder in Literatur und Kunst der DDR

Die DDR war ein „Leseland“. Diesen Gedanken griff eine Ausstellung auf, die 2003 und 2004 im brandenburgischen Eisenhüttenstadt unter dem Titel „Europa im Kopf“ stattfand. Anders als Untersuchungen über das DDR-Literatursystem, in denen zumeist die Autoren und ihr Verhältnis zum SED-Staat im Zentrum stehen,<sup>60</sup> lenkten die Organisatoren der Schau die Aufmerksamkeit auf die andere Seite – die Leser. Im Mittelpunkt ihrer Ausstellung stand der Verlag Volk und Welt, der in der DDR als Leitverlag für Belletristik aus der ganzen Welt galt. Das Buchhaus habe, so heißt es im Begleitband zur Ausstellung, Bücher angeboten, „die der eingeschlossenen Bevölkerung [...] Europa und die Welt in die DDR hereinholten.“<sup>61</sup>

Doch wie sah es aus, das Europa-Bild, das die DDR-Bevölkerung durch die Lektüre dieser „Bilder“ erhielt und – was noch wichtiger ist – in welcher Weise formten sie ihre Vorstellungen von Europa in einem Land, dessen Regierung den Europabegriff vor allem als politische Kategorie propagierte? Folgt man den Autoren des Ausstellungsbandes, dann beruhte die Bedeutung der Bücher insbesondere darauf, dass sie gesellschaftliche Tabus und Zensurvorschriften verletzten. „In welchem Kontrast standen viele [Titel] zu den Vorstellungen, die sich idealtypisch ein parteilich geschulter Genosse etwa in den sechziger Jahren von Europa machen konnte! Auf dessen Europakarte gab es ein paar ehrwürdige Orte wie Trier, Wuppertal und London, weil dort Marx und Engels gewirkt hatten. Paris war vor allem der Sitz der 1871 vom Klassenfeind niedergemetzelten Kommune, die Schweiz als Lenins Asylland bekannt. Wenn er an Spanien dachte, summte er ein Kampflied Ernst Buschs. Doch die berühmte Brüsseler Konferenz der KPD-Führung hatte 1935 in Wirklichkeit in Moskau stattgefunden. Der Kreml war das Zentrum der Welt, auf den Westen blickte er mit Misstrauen. Wer nach Paris, London oder Amerika emigriert gewesen war, wurde in der frühen SED diskriminiert.“<sup>62</sup> Das Europabild dieser so genannten Westemigranten sei jedoch,<sup>63</sup> so der Historiker Siegfried Lokatis, wie das gesamte Verlagsprogramm, ein zukunftsweisendes Gegenmodell zur autistischen deutschen Nabelschau gewesen. Er erinnert an die eindrucksvolle Kraft, mit welcher der Schweizer Hugo Loetscher 1964 in seinem Roman „Die Kranzflechterin“ dieses Bild beschrieben hatte. Anna, die Titelheldin, hatte sich eine Europakarte gekauft und sie aufgehängt, „so dass ein Stück Sonne auf Europa fiel.“ Sie flocht einen Totenkranz aus blauen Glockenblumen für das Meer mit den Häfen von Amsterdam und Kopenhagen, nahm Efeu für England, gelb für Polen und zwei Tannenzapfen für Italien und den Balkan, für Russland band sie rötlich-braune Primeln ein und Gladiolen für Finnlands Seen. „Sie verglich den Kranz mit der

60 Vgl. Birgit Dahlke/Martina Langermann/Thomas Taterka (Hg.), LiteraturGesellschaft DDR. Kanonkämpfe und ihre Geschichte(n), Stuttgart/Weimar 2000.

61 Siegfried Lokatis, Nimm den Elefanten – Konturen einer Verlagsgeschichte, in: Simone Barck/Siegfried Lokatis (Hg.), Fenster zur Welt. Eine Geschichte des DDR-Verlages Volk und Welt, Berlin 2003, 15–30, hier 15.

62 Ebenda, 18.

63 Der im März 1947 gegründete Verlag Volk und Welt wurde von zahlreichen dieser so genannten Westemigranten getragen (u.a. Stephan Hermlin, Walter Czollek, der spätere Verlagschef).

Karte; wo auf der Karte Deutschland war, da war das Loch des Kranzes“.<sup>64</sup> In der DDR erschien das Buch 1968 in einer Lizenzausgabe des Verlags Volk und Welt. Die jungen Leser, die – wie die Verfasserin dieses Beitrags – das Buch Mitte der achtziger Jahre lasen, blieben jedoch eher einige Zeilen zuvor hängen, wo Anna „beschämt feststellte: da reist einer herum, und du Anna, warst noch nie im [Zürcher, J.W.] Vorort Zollikon.“ Neben die Neugier – Scham weniger – gesellte sich dann Ungeduld, die Welt zu sehen und die Frage, warum nur die Rentner der DDR „in den Westen“ fahren durften. Insofern stimmt es, dass solche Bücher „für breite Leserschichten die Anpassung an westliche Verhältnisse“ vorbereiteten.<sup>65</sup>

Doch existierten die (offiziellen) Verlage in der DDR nicht als autonome, ausdifferenzierte Einheiten, die mit anderen sozialen Teilsystemen kommunizierten und auch in antagonistische Widersprüche zu Staat und Gesellschaft geraten konnten. Einige Wissenschaftler behaupten sogar, dass Verlage, Literaten, die Partei, Staat und Gesellschaft gemeinsam daran gearbeitet hätten, die neue, sozialistische Gesellschaft in der DDR aufzubauen. Soweit bislang erkennbar, haben sich aber seit den sechziger Jahren – bei grundsätzlich übereinstimmender Zielsetzung – stärker Vorstellungen behaupten können, die von den offiziellen, staatlich propagierten gesellschaftlichen Bildern (z.B. bei der Durchsetzung des sozialistischen Realismus) abwichen.<sup>66</sup> Die Auseinandersetzungen zwischen SED-Dogmatikern und der Leitung des volkseigenen Hinstorff-Verlages, der von Rostock aus im Ostseeraum für den Sozialismus werben sollte, sind dabei nur ein Beispiel für den zähen Kampf, mit dem Lektoren und Autoren gleichermaßen um künstlerischen Freiraum und Individualität rangen.<sup>67</sup> Die Infiltrierung des Verlages durch die Staatssicherheit erinnert jedoch notwendigerweise an den gesellschaftspolitischen Kontext, durch den dieser Handlungsraum begrenzt wurde, denn Rostock war kein Einzelfall. Auch der Union Verlag, der als eine Einrichtung der Ost-CDU christlich geprägter Literatur eine Plattform gab, war durch seinen Verlagsleiter seit 1982 mit der Staatssicherheit verbunden. Über Druckgenehmigungsverfahren, Gutachterausswahl u.a. verfügten die SED-Partei- und Staatsfunktionäre darüber hinaus über entscheidende Steuerungselemente für die Publikationen von gewünschten bzw. unerwünschten Autoren. Die Rolle der DDR-Verlage bei der Verbreitung von literarischen Europabildern, die im Gegensatz zur offiziellen Darstellung standen, sollte daher auch nicht überschätzt werden.<sup>68</sup> Vielmehr war in der DDR (nicht nur) Literatur eine hochpolitische Angelegenheit. Das bedeutete, Bücher aus Europa, über Europa, aus aller Welt oder über die Welt, durften entsprechend der politischen Prämissen

64 Hugo Loetscher, *Die Kranzflechterin*, Zürich 1989, 86 (1. Aufl. 1964). Vgl. bei Lokatis, *Nimm den Elefanten*, 19, der sich für die oben zitierte Stelle auf die Ausgabe bezieht, die in der DDR im Verlag Volk und Welt 1968 erschien, 92f. Eine ähnliche Philosophie wie bei Loetscher findet sich im Gemälde von Wolfgang Mattheuer „Verlorene Mitte“ (1982).

65 Lokatis, 21.

66 Vgl. Martina Langermann/Thomas Taterka, *Von der versuchten Verfertigung einer Literaturgesellschaft. Kanon und Norm in der literarischen Kommunikation der DDR*, in: *LiteraturGesellschaft DDR*, 1–32. Im Folgenden ebenda.

67 Vgl. Kirsten Thietz, *Zwischen Auftrag und Eigensinn. Der Hinstorff Verlag in den 60er und 70er Jahren*, in: *LiteraturGesellschaft DDR*, 240–274.

68 Umso höher zu bewerten sind die individuellen Anstrengungen von Autoren, Lektoren, Verlagsleitern usw., sich künstlerische Freiräume zu erhalten und zu erkämpfen. Für eine detaillierte Fallstudie vgl. Thietz, *Auftrag*, in: ebenda.

erscheinen oder eben nicht. Der Verlag Volk und Welt veröffentlichte seit 1948 jahrelang keine Bücher aus Jugoslawien, ab 1956 keine Schriften aus Ungarn, später aus Albanien, China, der Tschechoslowakei und Polen. Französische Literatur wurde zensiert, weil sie als „Brutstätte der gefürchteten ‚literarischen Moderne‘“ galt, Dänemark und Schweden wegen der angeblichen „skandinavischen Sexwelle“ in der Literatur beargwöhnt. Die Titel vom Balkan befand die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im DDR-Kulturministerium als zu nationalistisch und drastisch in ihrer Schilderung der Grausamkeiten im Türken- und Partisanenkrieg. „Über das frühe, von den Erinnerungsorten kommunistischer Tradition geprägte Europabild hatte sich eine zweite Schicht gelegt. Der Zweite Weltkrieg und der antifaschistische Widerstandskampf wurden zum zentralen Referenzmythos“, nach dem staatliche und Parteistellen Zensur übten.<sup>69</sup>

Mitte der fünfziger Jahre forderte die SED-Regierung die Verlage auf, ihr Westprogramm zu erweitern. 1958 war diese „Taufperiode“ schon wieder vorbei. Die Zensur wurde verschärft, Devisen für Einkäufe gestrichen. Das Politbüro der SED beschloss, dass Arbeiter schreiben, die Literaten bei ihnen in der Produktion lernen und über den Sozialismus dichten sollten. Die Folge dieses „Bitterfelder Weges“ war ein gravierender Rückgang der westlichen Importe. 1958 erschienen bei Volk und Welt 69 westdeutsche Titel, 1959 nur noch 32, 1963 schrumpfte die deutschsprachige Literatur aus der BRD, Schweiz und Österreich auf ganze acht Neuerscheinungen. In der Öffentlichkeit trat dagegen Walter Ulbricht im Januar 1965 für ein „Tauf in Europa“ ein: „Wir sind der Ansicht, dass eine gemeinsame Geschichte und eine in Jahrhunderten gewachsene Kultur, zu der alle europäischen Völker bleibende Beiträge geleistet haben, sowie das gemeinsame Interesse an der Sicherung des Friedens gute Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben [...] bieten sollten.“<sup>70</sup>

Unter Rückgriff auf Ilja Ehrenburg griff auch der Literaturbetrieb in der DDR den Gedanken eines Kultur-Europas auf, den Ulbricht vorgetragen hatte: „Ja, es gibt eine Gemeinschaft Europas!“. So wandte sich Günter Wirth, der Cheflektor des Union Verlages, gegen den Missbrauch des Begriffs „Europa“ durch die deutschen Faschisten. In Duktus und Inhalt dem SED-Chef folgend, lehnte er die kleuropäische Ideologie und Politik nach 1945 in Westeuropa ab, die durch Adenauer, Churchill und Truman repräsentiert und bei denen die Europa-Träume der Nazis mit eigenen antisowjetischen Zielen verschmelzen würden.<sup>71</sup> Neben solchen politisch motivierten Bekundungen griffen die Literaten der DDR aber auch den antiken Europa-Mythos auf, um sich mit den Themen Krieg und Frieden auseinanderzusetzen. Die jüngste deutsche Vergangenheit bildete dabei, wie in den offiziellen staatlichen Verlautbarungen, einen zentralen Bezugspunkt ihrer Beschäftigung mit Europa. So benutzte Johannes Bobrowski, Autor und von 1959 bis 1965 Lektor für Belletristik im Union Verlag,<sup>72</sup> das Bild von Zeus, der sich in einen Stier verwandelte und die phönizische Königstochter Europa entführte, um die Gewalt zu beschreiben, die er als

69 Lokatis, Nimm den Elefanten, 19. Im Folgenden ebenda, 20.

70 Zit. nach Wirth, Gemeinsame Geschichte, 29.

71 Vgl. ebenda, 24.

72 In der Bundesrepublik Deutschland wurde er bekannt durch seinen Lyrikband Sarmatische Zeit, Stuttgart 1961.

Soldat im Zweiten Weltkrieg und dann in russischer Kriegsgefangenschaft erlebt hatte.<sup>73</sup> Anders als die offizielle SED-Propaganda teilte er jedoch in seinem Gedicht „Europa“ die Vergangenheit nicht zwischen der DDR und der Bundesrepublik, zwischen Gut und Böse auf, sondern fragte nach der Verantwortung jedes Einzelnen. „[...] Als der Stier Europaen forttrug damals [...] / Wir standen stumm, ertaubten Sinnes, wie Salz, und sahen sie hintaumeln [...] / Sieh, wir tragen Tausende / von Jahren mit uns Tag' und Nächte, immer, / und wie der Schlaf so nah ist uns Gewalttat. / Erzählt schon, Sängere, weiter von Europaen.“<sup>74</sup> Auf satirische Weise (und vor einem anderen historischen und biographischen Hintergrund) nahm dagegen Johannes R. Becher 1943 im sowjetischen Exil die griechische Mythologie vom Raub der Europa auf. Der spätere erste Kulturminister der DDR (1954 bis 1958) ließ dabei weniger Raum für Interpretationen. „[...] Statt eines Stiers ein Stacheltier / Stand in dem Führerhauptquartier, [...] / Das wütend grunzt, weil nicht erlaubt / Ihm ist, dass es in Russland raubt. [...] / In seinem Führerhauptquartier / Verendete das Stacheltier, / Das vormals war ein wilder Stier.“<sup>75</sup> Europa – das war in der Vorstellung zahlreicher Intellektueller und Künstler der DDR aber auch ein Ideal, das sich mit der Idee des Sozialismus, wenn nicht des Kommunismus, als geschichtsmächtiger Fortschrittsbewegung verband. Heiner Müller erklärte nach dem Zusammenbruch des Ostblocks den Europa-Mythos für tot. „Der Stier ist geschlachtet“. Eine Tragödie wollte er nun schreiben und meinte damit ein Gedicht über den Untergang des zivilisatorischen Fortschritts insgesamt.<sup>76</sup> Darin zeigt sich die weit reichende Bindungskraft der kommunistischen Utopie, die Intellektuelle in der DDR mit einem Regime verband, dessen Realität sie kritisch gegenüberstanden. Diese Tatsache ist von Beobachtern in der Bundesrepublik kaum wahrgenommen worden, solange die DDR existierte. Vielmehr bemühte sich das westdeutsche Feuilleton darum, die Abweichungen zur offiziellen SED-Politik in den Werken der DDR-Literaten nachzuweisen. Nach 1989 setzte dann das Gegenteil ein. Selbst ein Schriftsteller wie Christoph Hein erschien nun als Mittäter des SED-Staates.<sup>77</sup> Dies zeigt: Auch in der Bundesrepublik war es nicht leicht, sich dem politischen Druck zu entziehen, den der Ost-West-Konflikt auf die deutsch-deutschen Beziehungen ausübte.

Auf der Suche nach den Europabildern in den Köpfen der DDR-Bevölkerung geraten auch Vorstellungen in den Blickpunkt, die nicht in Textform niedergelegt sind. Wenn es, wie in der DDR, eine Öffentlichkeit, in der Diskurse ausgetragen werden, nicht gab, dann gewinnen bildliche Darstellungen eine besondere Bedeutung. Es wäre allerdings noch genauer zu untersuchen, inwieweit diese Bilder die Vorstellungen ihrer Adressaten beeinflussen haben. Mit Blick auf die Entwicklungen nach 1989 sind dabei gesamteuropäische Entwürfe besonders interessant, denn die Euphorie, mit der die Bevölkerung und die neuen

73 Vgl. Almut-Barbara Renger (Hg.), *Mythos Europa. Texte von Ovid bis Heiner Müller*, Leipzig 2003, 239.

74 Das vollständige Gedicht ist abgedruckt in: ebenda, 179.

75 Stier und Stachelschwein. Eine Fabel, in: ebenda, 166.

76 Michael Ostheimer, „Götter werden dich nicht mehr besuchen“. Zum Europa-Mythos in Heiner Müllers Langgedicht ‚Ajax zum Beispiel‘, in: Ian Wallace (Hg.), *Heiner Müller: Probleme und Perspektiven*. Amsterdam (u.a.) 2000, 382–402, hier 386–387.

77 Vgl. Terrance Albrecht, *Deutungskanon. Christoph Hein in der westdeutschen Rezeption der 80er und 90er Jahre*, in: Dahlke/Langemann/Taterka, *LiteraturGesellschaft DDR*, 393–412.

Regierungen in den früheren Ostblockstaaten in die Europäische Union drängten, ist nicht nur mit wirtschaftlicher Vorteilsnahme zu erklären.<sup>78</sup>

Den Versuch, in der Kunst gesamteuropäische Traditionen aufzuspüren, hat 2002 eine Ausstellung in der „Europa-Stadt“ Karlsruhe unternommen. Unter dem Motto „Europaweit – Kunst der sechziger Jahre“ ließen sich die Aussteller von einem geographischen Europabegriff leiten und wählten Maler aus allen Teilen Europas aus.<sup>79</sup> Ein künstlerisches Gesamteuropa formierte sich in der Realität des Kalten Krieges jedoch kaum. Im Gegenteil, Desinteresse und zum Teil Ablehnung, vor allem aber Unkenntnis prägten die Beziehungen bis in die achtziger Jahre. Die Künstler aus Osteuropa haben sich isoliert gefühlt, vor allem in die Sowjetunion gab es kaum Kontakte. Selbst auf beide deutsche Staaten trifft dieser Befund, zumindest nach dem Mauerbau 1961, grundsätzlich zu. Gemälde und Zeichnungen aus der DDR bekam ein größeres Publikum erstmals zu Beginn der siebziger Jahre auf der *documenta* in Kassel zu sehen. Die offiziellen Vorurteile gegenüber der Kunst des „Anderen“ waren heftig. Der „sozialistische Realismus“, der seit Beginn der fünfziger Jahre von der SED als Ideal aller Künstler etabliert wurde, stand der westlichen Vielfalt ablehnend gegenüber. Auch wenn Kurt Hager, Leiter der Ideologischen Kommission des SED-Politbüros, Mitte der sechziger Jahre die Vielfalt der sozialistischen Kunst betonte, sah die Parteiführung in der schrillen, verfremdenden, westlichen Popart-Kultur und abstrakten Malerei der sechziger Jahre eine chaotische, wirklichkeitsfremde und dekadente Ausdrucksform. Wenn auch zu Beginn der siebziger Jahre die Vielfalt in der Kunst in einem Anflug von Liberalisierung in der DDR von der SED zugestanden wurde, so zeigt doch die Ausbürgerung von Wolf Biermann im November 1976, dass die Einheitspartei ihren totalitären Anspruch nicht aufgegeben hatte. Der Unterdrückungs- und Überwachungsapparat blieb bis zum Schluss intakt. Deshalb bestimmte die SED auch nach dem Grundlagenvertrag, der die deutsch-deutsche Annäherung vorantrieb, wer sich als Bürger und Künstler der DDR der westlichen (und eigenen) Öffentlichkeit zeigen durfte und wer nicht. So konnte der Maler Werner Tübke mehrmals nach Italien (und zurück) reisen, um sein Bauernkriegspanorama in Bad Frankenhausen (u.d.T. „Frühbürgerliche Revolution in Deutschland“) vorzubereiten, während die Künstler der so genannten „Türenausstellung“ 1979 in Dresden – der Stadt am „Balkon Europas“ – mit Ausstellungsverboten, Hochschulverweisen u.Ä. belegt wurden.<sup>80</sup>

Dennoch etablierte sich außerhalb der von den SED-Funktionären erlaubten, zum Teil grenzüberschreitenden Künstlerkontakte eine inoffizielle Kunstszene in der DDR, wie etwa die 1974 gegründeten ersten privaten Kunstgalerien. Sie blieb jedoch auf einen kleinen Kreis beschränkt, die große Masse der Bevölkerung erreichte sie kaum. Die „innere Emigration“<sup>81</sup>, in die sich die Künstler in der DDR flüchteten,<sup>82</sup> entsprach somit der

78 Die europäische Integration sei vor allem auch ein mentaler Prozess, meinen Vräath Öhner/Andreas Pribersky/Wolfgang Schmale/Heidemarie Uhl (Hg.), *Europa-Bilder*, Vorwort der Herausgeber, 7.

79 Vgl. hier und im Folgenden den Einleitungsteil von Erika Röder-Diruf/Brigitte Baumstark/Barbara Wucherer, in: *Europaweit – Kunst der sechziger Jahre*, Ostfildern-Ruit 2002, 14.

80 Vgl. den Ausstellungskatalog des Deutschen Historischen Museums: *Boheme und Diktatur in der DDR. Gruppen. Konflikte. Quartiere. 1970 bis 1989*, Berlin 1997.

81 *Europaweit*, 18.

82 Um nur ein Beispiel zu nennen: der Schriftsteller Joachim Walther (u.a. *Ruhe bewahren*, Königstein/Taunus 1979) zog sich von Ost-Berlin in die Provinz nach Mecklenburg zurück, nachdem seine

„Nischengesellschaft“, in der die ostdeutsche Bevölkerung insgesamt lebte. Gerade deshalb wissen wir noch relativ wenig über die individuellen Vorstellungen derjenigen, die in der DDR von Europa und der Welt träumten. Denn nicht nur Wolfgang Mattheuer, der wie Bernhard Heisig und Werner Tübke zur so genannten Leipziger Schule gehörte, bediente sich einer verschlüsselten Bildsprache, um Kritik an der politischen Realität in der DDR zu üben.<sup>83</sup> Ihr Code musste (und muss) erst entschlüsselt werden.<sup>84</sup> Mattheuers Landschaftsbilder aus dem Vogtland und der Leipziger Umgebung sind heute im Reichstagsgebäude ausgestellt. Sie weiten, so wird dem Betrachter erklärt, „die heimatliche Landschaft zur ‚Weltlandschaft‘“ – durch einen breiten Horizont und eine alles überstrahlende Himmelsfläche.<sup>85</sup>

## Schlussbemerkungen

Der Begriff „Europa“ ist in mehrfacher Richtung aufzufassen: als geographischer Raum, als kulturelle Einheit, als politische Idee und als politische Institution.<sup>86</sup> Für die SED-Führung, aber auch für staatliche und wissenschaftliche Institutionen in der DDR war Europa vor allem eine politische Kategorie. Kulturelle Bezüge und Berufungen auf die geographische Einheit des Kontinents waren dem nach- und untergeordnet. Für die DDR-Führung war Europa „stets nur Mittel zum Zweck und niemals ein Ziel“.<sup>87</sup> Im Mittelpunkt ihres Interesses stand die institutionelle Entwicklung Europas: RGW und Warschauer Pakt auf der einen sowie EWG/EG und NATO auf der anderen Seite. Berührungspunkte zwischen den beiden ergaben sich entweder aus wirtschaftspolitischen Erfordernissen oder im Zusammenhang mit sicherheitspolitischen Erwägungen. Die Visionen von einem gemeinsamen europäischen Haus betrafen daher ganz konkrete, realpolitische Ziele: den Umweltschutz, die Energiepolitik, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit u.a. Damit stellten die Europaideen der SED jedoch keinen historischen Sonderfall dar, und neu waren sie auch nicht. Denn der ‚versteckte‘ Sinn von Europabildern, so Wolfgang Schmale, habe sich im Laufe der Jahrhunderte wenig verändert: „Im Allgemeinen dienen und dienen sie bestimmten Gewinnungsstrategien, deren Zweck es war und ist, Europa für politische Zwecke nutzbar zu machen.“<sup>88</sup> Berufungen auf Europa dienten der SED-Führung zur Begründung und

---

Bücher in der DDR nicht mehr verlegt werden durften und konnte sich erst nach 1989 öffentlich über die Repressionsmethoden der Staatssicherheit im Literaturbereich äußern. Vgl. Joachim Walther, *Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik*. 2. durchges. Aufl., Berlin 1999.

83 Auf die „eigene“ Sprache der DDR-Künstler weist u.a. der Ausstellungskatalog *Staatskünstler – Harlekin – Kritiker? DDR-Malerei als Zeitdokument*, Berlin 1991, in dem die Werke von 18 ostdeutschen Künstlern gezeigt werden.

84 Die personelle Verflechtung zahlreicher Künstler in der DDR mit der Staatssicherheit macht diese Aufgabe nicht leichter.

85 Vgl. [http://www.bundestag.de/bau\\_kunst/kunstwerke/mattheuer/index.html](http://www.bundestag.de/bau_kunst/kunstwerke/mattheuer/index.html). Letzter Zugriff am 15. Mai 2006.

86 Vgl. Riketta, *Wakenhut, Europabild*, 13.

87 Joachim Scholtyseck, *Die DDR und Europa*, in: Timmermann (Hg.), *DDR*, 88–99, hier 99.

88 Wolfgang Schmale, *Visualisierungen Europas. Ein historischer Überblick*, in: *Europa-Bilder*, 13.

Festigung ihres Staates, der die Heimat für eine sozialistische deutsche Nation bilden sollte. Der nahezu komplexe Zwang, sich gegen die Bundesrepublik abgrenzen zu müssen, führte dazu, dass die SED-Führung die Sicherheit des Kontinents unmittelbar mit der Existenz der DDR verband und der Gedanke einer europäischen Identität, in der die Nationen allmählich aufgehen würden, abgelehnt wurde. Auch in den oppositionellen Kreisen und Gruppen wurde ein Europabild diskutiert, in dem deutschlandpolitische Pläne im Mittelpunkt standen. Zwei deutsche Staaten fanden darin ebenso Platz wie ein vereinigtes, neutrales Deutschland. Dagegen beschäftigte sich die DDR-Opposition kaum mit blockübergreifenden, gesamteuropäischen Visionen, wie etwa den Mitteleuropakonzepten, die von Dissidenten in Polen und Ungarn diskutiert wurden. Vielmehr standen Gegenwartsprobleme im Vordergrund: der Erhalt des Friedens, darüber hinaus die Durchsetzung von Menschenrechten in der DDR sowie grundlegende Bürgerrechte wie Reise-, Rede- und Versammlungsfreiheit. Zur Erreichung ihrer Ziele suchten sowohl Opposition als auch SED-Führung eine „Bewegung von unten“ zu initiieren: die eine Seite breiter und undefinierter, die andere Seite klar an den ideologischen Prämissen des Klassenkampfes orientiert.

Folgt man Wolfgang Schmale, so finden sich in Ostmitteleuropa besonders viele kulturelle Zeugnisse und performative Akte, welche die Europäizität der Region begründen.<sup>89</sup> Wo ließe sich die DDR in den gesamteuropäischen Leitvorstellungen verorten, auf die Michael G. Müller als Indizien für die Existenz einer europäischen Identität/Europäizität hingewiesen hat?<sup>90</sup> Während des Ost-West-Konflikts bestand eine dieser Vorstellungen im Bild vom antifaschistischen Europa, als dessen Vorposten in der Mitte des Kontinents die SED-Führung sich selbst stilisierte und das sie – unter Führung der UdSSR und mit Hilfe aller europäischen Werktätigen – nach Westeuropa ausweiten wollte. Auf der gegenüberliegenden Seite des „Eisernen Vorhangs“ berief sich die bundesdeutsche Regierung auf eine andere, ältere europäische Leitidee, indem sie sich als Bollwerk gegen die „kommunistische Bedrohung“ aus dem Osten verstand. Der Zusammenbruch des Ostblocks brachte zumindest ein Ende des staatlichen Antifaschismus-Konzepts, wogegen die Abgrenzungskonzepte nach Osten weiterhin Bestand haben.<sup>91</sup>

Ein Konzept, das in dem hier betrachteten Zeitraum gleichermaßen in Ost- und Westeuropa vertreten wurde, war die Idee von einem Europa der Nationalstaaten.<sup>92</sup> Die Versuche der SED-Führung, in der DDR eine eigene, sozialistische deutsche Nation zu schaffen, sind 1989 gescheitert. Doch hat der Verlauf der deutschen Einheit gezeigt, dass der Kalte Krieg das Bewusstsein der DDR-Bevölkerung für den Erhalt der (deutschen) Nation nicht zerstören konnte, eher war das Gegenteil der Fall. Möglicherweise liegt darin auch eine Erklärung dafür, dass supranationale Konzepte in oppositionellen Kreisen der DDR kaum Widerhall fanden. Sollten sich Anknüpfungspunkte für die gegenwärtigen Diskussionen um

89 Ders., Die Europäizität Ostmitteleuropas, in: *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 4, 188–214.

90 Michael G. Müller, *Wo und wann war Europa? Überlegungen zu einem Konzept von europäischer Geschichte*, in *Comparativ* 14 (2004), Heft 3, 72–82, hier und im Folgenden: 79–80.

91 Nach 1989 knüpften z.B. Polen, Ungarn und die Slowakei an die Abgrenzungskonzepte gegenüber „dem Osten“ an. Sie ziehen eine Linie gegenüber Osteuropa (Russland) und versuchen sich als Vorposten in Mitteleuropa gegen die „Anderen“ in Asien zu etablieren, um ihren Platz in Europa zu sichern. Vgl. Klunkert u.a. (Hg.), *Europabilder*, 235–238.

92 Vgl. Alan Milward, *The European rescue of the nation-state*, Berkeley (Calif.), u.a. 1992.

die Zukunft Europas finden, dann sind sie in der Betonung der Vielfalt von Staaten und ihren Völkern zu suchen. Die Einheit Europas bedeutete nach den offiziellen und inoffiziellen Vorstellungen, die in der DDR Verbreitung fanden, häufig nicht mehr als eine Interessengemeinschaft aller europäischen Staaten zur Sicherung des Friedens – was jedoch angesichts der noch immer nicht gebannten Kriegsgefahr ein vielversprechender Motor für eine gesamteuropäische Bewegung der Gegenwart sein könnte. Ob allerdings angesichts des vergleichsweise geringen Resonanzbodens in Westeuropa für die im Ost-West-Konflikt oft utopisch anmutenden Mitteleuropakonzepte oder die Kunst aus Osteuropa, tatsächlich von einem „gemeinsamen Markt des Geistes“ (*common market of the mind*) gesprochen werden kann, bleibt abzuwarten. Zumindest für die DDR ist kaum zu erkennen, dass sich aus der Samizdat-Kultur eine grenzüberschreitende Tamizdat-Bewegung ableiten lässt, die – folgt man der gegenwärtigen Forschungsdiskussion – die Voraussetzungen für eine gesamteuropäische „Kulturwelt“ nach dem Kalten Krieg schuf.<sup>93</sup> Braucht Europa aber überhaupt eine kulturelle Sinnstiftung, fragen Kritiker und warnen vor der Konstruktion eines Kultur-Europas, das von außen zunehmend als Festung wahrgenommen wird. Europa sollte, bei aller Sorge um die eigene Identität, die Weltgesellschaft nicht aus den Augen verlieren.<sup>94</sup> Wenn das Beispiel der DDR heute von Bedeutung für die Geschichte der europäischen Integration ist, dann sicher als nützliche Erinnerung daran, dass sich Europa nicht als aufstrebende, durchlaufende Linie zur Einheit begreifen lässt. Europas Identität und Grenzen waren und sind vielfältig, „umstritten, wandelbar und politischen Interessen und Konjunkturen unterworfen.“<sup>95</sup>

---

93 Im September 2006 veranstaltete das Wiener Institut für die Wissenschaften vom Menschen zusammen mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam eine Tagung zum Thema: From Samizdat to Tamizdat. Dissident media crossing borders before and after 1989. <http://www.zzf-pdm.de/veranstaltungen/tamizdat/samizdat-tamizdat.pdf>.

94 Wilhelm Tielker, Der Mythos von der Idee Europa: zur Kritik und Bedeutung historischer Entwicklungsgesetze bei der geistigen Verankerung der europäischen Vereinigung, Münster (u.a.) 2003, 317–318.

95 Michael Dauderstädt, Der Kirchturm und sein Horizont. Identität und Grenzen Europas, Bonn 1999, 5. Zit. nach ebenda, 316.